

Hambacher Wald: „unverantwortlicher Eingriff in die Zukunft aller Menschen“

Berlin, 17. September 2018 – Angesichts der weiter andauernden Räumung des Protestcamps im Hambacher Wald sind die NaturFreunde Deutschlands entsetzt über die starre und rückwärtsgewandte Haltung des RWE-Konzerns. „Uns ist bange, dass eine solche Unternehmensführung einen der größten Energiekonzerne Europas leitet“, erklärt Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands.

Der RWE-Konzern ist in erster Linie aus kommunalen Stadtwerken entstanden und hat seine Wurzeln in der unmittelbaren Hilfe für Menschen durch die Schaffung einer modernen Infrastruktur. „Davon hat sich RWE himmelweit entfernt. Dieses Unternehmen, das bei jeder größeren und kleineren Krise Hilfen vom Staat verlangt, ist offensichtlich unfähig, sich auf die Gesellschaft zuzubewegen“, empört sich Müller. „Uns tun auch die beteiligten Polizisten leid, von denen viele gegen ihre Überzeugung die Baumhäuser im Hambacher Wald zerstören müssen.“

Die NaturFreunde Deutschlands fordern RWE auf, nicht weiter das Zukunftskapital der Gesellschaft zu zerstören. Müller: „Die technokratische Logik von RWE zerstört nicht nur einen Wald, sondern ist auch ein gesellschaftlich unverantwortlicher Eingriff in die Zukunft aller Menschen. Die Rodung des Hambacher Waldes ist so überflüssig, wie sie falsch ist.“

RWE weiß, dass die fossilen Energieträger keine Perspektive haben. Trotzdem gehört der Energiekonzern zu den Blockierern der Energiewende. Dabei nimmt RWE auch seine Beschäftigten in Geiselhaft. Michael Müller: „Um den Menschen in den Braunkohleregionen zu helfen, braucht es eine Brücke zwischen der heutigen Welt und den Anforderungen der Zukunft. Offensichtlich ist der RWE-Vorstand aber kein Brückenbauer, sondern zerstört stattdessen Verantwortung und Vernunft. So sind Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen nicht miteinander zu vereinen. RWE-Vorstandsvorsitzender Martin Schmitz und seine Vorstandskollegen müssen endlich zur Vernunft kommen.“

Doch nicht nur RWE habe bisher versagt, sondern auch der Staat, so Michael Müller weiter: „Schon längst hätte es in den Braunkohleregionen zu regionalen und sektoralen Strukturprogrammen kommen müssen, die auch die Städte einbeziehen. Die Kohlefrage zeigt, wie wenig die Politik noch programmatischen Anforderungen gerecht wird.“

2.427 Zeichen mit Leerzeichen – freigegeben

Rückfragen bitte an
NaturFreunde Deutschlands
Michael Müller
Bundesvorsitzender
(0172) 246 21 25
mueller@naturfreunde.de
www.presse.naturfreunde.de